

ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS PER 31. DEZEMBER 2018

I. ALLGEMEINE ANGABEN

1. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Der Österreichische Rundfunk ist per Gesetz (ORF-Gesetz BGBl. Nr. 379/1984, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 61/2018 vom 14. August 2018) seit 1. Jänner 2002 als Stiftung des öffentlichen Rechts eingerichtet und besitzt Rechtspersönlichkeit. Er gilt als Unternehmer im Sinne des Unternehmensgesetzbuches (UGB) und ist im Firmenbuch des Handelsgerichts Wien unter der Nummer FN 71451a protokolliert.

In seiner Rechnungslegung hat er die §§ 189 bis 216, §§ 222 bis 234, §§ 236 bis 239, § 242, §§ 244 bis 267 und §§ 277, 280 und 281 UGB sinngemäß anzuwenden. Der Erstkonsolidierungszeitpunkt war der 1. Jänner 2002.

Die bisherige Form der Darstellung wurde grundsätzlich bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses beibehalten.

Der Bilanzstichtag ist der 31. Dezember 2018.

2. Konsolidierungskreis, Angaben zum Beteiligungsbesitz

Der ORF als Muttergesellschaft stellt den Konzernabschluss auf und wird dieser beim Firmenbuchgericht in Wien hinterlegt.

Der Beteiligungsbesitz zum 31. Dezember 2018 wird im Beteiligungsspiegel (Anlage 2 zum Anhang) dargestellt.

Mit Zusammenschlussvertrag vom 24. April 2017 wurde die Übertragung des gesamten Vermögens der ORF Programmservice GmbH & Co KG nach § 142 UGB im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die ORF Online und Teletext GmbH & Co KG mit Zusammenschlussstichtag 31.12.2016 beschlossen.

Mit Verschmelzungsvertrag vom 7. September 2017 wurde das Vermögen der ORF Mediaservice GmbH als Ganzes im Wege der Gesamtrechtsnachfolge mit Verschmelzungstichtag 31.12.2016 auf die ORF-Enterprise GmbH übertragen.

Mit Beschluss vom 7. September 2017 wurde auf der außerordentlichen Generalversammlung mit sofortiger Wirkung die TW1 - Betriebsführungsgesellschaft mbH aufgelöst und der Eintritt in das Stadium der Liquidation veranlasst.

Mit Abtretungsvertrag vom 6.8.2014 wurden von der ORS comm GmbH & Co KG sowie vom verbundenen Unternehmen ORF Enterprise GmbH & Co KG Gesellschaftsanteile im Ausmaß von jeweils 12,55 % an der Flimmit GmbH erworben. Mit Abtretungsvertrag vom 12.5.2016 wurden die Gesellschaftsanteile der ORS comm GmbH & Co KG auf ein Ausmaß von 82,89 % bzw. ORF Enterprise GmbH & Co KG auf ein Ausmaß von 13,78 % erhöht.

Der Gegenstand der Flimmit GmbH ist im Wesentlichen der Aufbau und Betrieb eines Video on Demand - Portals für TV- und Kino-Produktionen.

Vollkonsolidierte Unternehmen sind mit den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2018 in den Konzernabschluss einbezogen.

Folgende verbundene Unternehmen wurden auf Grund ihres geringen Geschäftsumfangs nicht in den Konzernabschluss aufgenommen:

Als reine Arbeitsgesellschafter einer GmbH & Co KG tätige Gesellschaften:

ORF Online und Teletext GmbH
ORF Fernsehprogramm-Service GmbH
ORF Landesstudio Service GmbH
ORF-Enterprise GmbH
ORF Marketing & Creation GmbH
Österreichische Rundfunksender GmbH
simpli services GmbH
ORS comm GmbH

Das einzige Geschäftsfeld der ORF-Budapest Rádío-és Televízió Kft. ist die Vermietung einer Liegenschaft in Budapest an den ORF.

Die ORF srl. in Bozen produziert Südtirol heute und betreibt das Korrespondentenbüro Rom.

Die Auswirkungen aller nicht konsolidierten aber grundsätzlich konsolidierungspflichtigen Gesellschaften sind unwesentlich.

3. Konsolidierungsgrundsätze

Gliederung, Ansatz und Bewertung erfolgen im Konzernabschluss für vollkonsolidierte Gesellschaften nach den gleichen Grundsätzen wie für die Muttergesellschaft. Für Gesellschaften, die nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden, wurde keine Anpassung der Bewertung vorgenommen.

II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

1. Allgemeine Angaben

Der Konzernabschluss wird unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns zu vermitteln, erstellt.

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wird der Grundsatz der Einzelbewertung unter dem Gesichtspunkt der Fortführung des Unternehmens angewendet. Dem Vorsichtsprinzip wird dadurch Rechnung getragen, dass insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden. Alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste, die im Geschäftsjahr entstanden sind, werden berücksichtigt.

Schätzungen beruhen auf einer umsichtigen Beurteilung. Soweit statistisch ermittelbare Erfahrungen aus gleich gelagerten Sachverhalten vorhanden sind, wurden diese bei Schätzungen berücksichtigt.

Die bisherigen angewandten Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Posten des Konzernabschlusses richtet sich nach den §§ 244 bis 267 UGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Der Bilanzstichtag ist der 31. Dezember 2018. Alle konsolidierten Einzelabschlüsse werden in Euro erstellt. Eine Währungsumrechnung ist daher nicht erforderlich.

Die Kapitalkonsolidierung der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen erfolgt nach der Buchwertmethode. Aus der Erstkonsolidierung resultierende passive Unterschiedsbeträge werden im Eigenkapital unter den freien Rücklagen ausgewiesen, aktive Unterschiedsbeträge im Anlagevermögen als Firmenwert, wobei diese über 5 Jahre abgeschrieben werden.

Die Schuldenkonsolidierung nach § 255 UGB erfolgt durch Aufrechnung der gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den konsolidierten Gesellschaften.

Aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung sind sämtliche konzerninterne Lieferungen und Leistungen eliminiert. Ebenso sind alle Zwischengewinne erfolgswirksam ausgeschieden.

Auf die Aktivierung latenter Steuern wurde aus Gründen der Unwesentlichkeit verzichtet.

2. Anlagevermögen

In Fremdwährung angeschaffte Gegenstände des Anlagevermögens werden mit den Entstehungskurs erfasst, wobei keine weitere Umwertung erfolgt.

a) Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände werden, soweit gegen Entgelt erworben, zu Anschaffungskosten aktiviert. Geringwertige immaterielle Vermögensgegenstände (Einzelanschaffungswert unter je 400,0 Euro) werden aktiviert und sofort abgeschrieben. Gemäß den steuerrechtlichen Vorschriften wird für Zugänge im ersten Halbjahr eine volle Jahresabschreibung, für Zugänge im zweiten Halbjahr eine halbe Jahresabschreibung vorgenommen. Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände werden als Aufwand erfasst.

Der Rahmen für die linearen Abschreibungen beträgt 4 bis 10 Jahre.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

b) Sachanlagen

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, bewertet.

Die Ermittlung der planmäßigen Abschreibungen erfolgt nach der linearen Abschreibungsmethode unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern:

	Nutzungsdauer in Jahren
Grundstückseinrichtungen	33
Wohngebäude	50
Geschäftsgebäude	50
Investitionen in fremde Gebäude	10
anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 bis 25

Geringwertige Vermögensgegenstände bis 400,0 Euro werden aktiviert und im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Für Zugänge in der ersten Jahreshälfte wird die volle und für Zugänge in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahresabschreibung berechnet.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Zeitwert werden vorgenommen, soweit die Wertminderung voraussichtlich von Dauer ist.

c) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder, falls ihnen ein niedrigerer Zeitwert beizulegen ist, mit diesem angesetzt, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

Zuschreibungen zu Vermögensgegenständen des Anlagevermögens werden vorgenommen, wenn die Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung nachhaltig weggefallen sind. Die Zuschreibung erfolgt auf maximal den Nettobuchwert, der sich unter Berücksichtigung der Normalabschreibungen, die inzwischen vorzunehmen gewesen wären, ergibt.

Als assoziiertes Unternehmen wird die Beteiligung an der Austria Presse Agentur reg. Gen. m.b.H. ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt nicht zu historischen Anschaffungskosten, sondern den entsprechend der Buchwertmethode im Rahmen der Equity-Konsolidierung ermittelten Beträgen.

Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei nachhaltigen und wesentlichen Wertminderungen werden niedrigere Werte angesetzt.

3. Umlaufvermögen

In Fremdwährung angeschaffte Gegenstände des Umlaufvermögens werden mit den Entstehungskurs erfasst, wobei keine weitere Umwertung erfolgt.

a) Vorräte

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie die Waren werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder dem niedrigeren Wert aus Anschaffungskosten oder beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag bewertet. Die Anschaffungskosten werden einzeln bzw. nach dem gewogenen Durchschnittspreisverfahren ermittelt. Zum Ausgleich von Überalterung und sonstigen Risiken wird bei der direkten Einsatzermittlung eine Wertberichtigung von 10 % bzw. bei der indirekten Einsatzermittlung eine von 20 % vorgenommen.

Die Bewertung der unfertigen und fertigen Erzeugnisse sowie der nicht abrechenbaren Leistungen erfolgt zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten oder beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag.

Abgespielte Filmrechte mit Anschaffungskosten größer als 100,0 Tsd. Euro, welche ein nochmaliges Recht zur Ausstrahlung haben, werden prinzipiell 50 % erfolgswirksam erfasst. Eine zusätzliche erfolgswirksame Erfassung erfolgt in dem Ausmaß, dass der wertmäßige Anteil der gesplittet ausgestrahlten Filme entsprechend dem langjährigen Durchschnitt unter 10 % zu liegen kommt, wodurch ein überproportionaler Lageranstieg in diesem Bereich vermieden werden soll.

Falls Programmmaterialien in der Sendefähigkeit eingeschränkt sind, werden im Bedarfsfall Einzelwertberichtigungen vorgenommen. Zum Ausgleich des Risikos der Verwertbarkeit wird eine Abwertung von 10 % des Bestandes vorgenommen. Produktionen aus der Filmförderung werden einzelwertberichtigt.

Bei Aufträgen, deren Ausführung sich über mehr als zwölf Monate erstreckt, werden angemessene Teile der Verwaltungs- und Vertriebskosten nicht angesetzt, da wegen des stark schwankenden Bestandes an solchen Aufträgen nur durch diesen Ansatz ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erzielbar ist.

b) Forderungen

Forderungen werden mit ihrem Nennbetrag angesetzt. Die Währungsumrechnung erfolgt zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles mit dem aktuellen Kurs. Zum Bilanzstichtag erfolgt bei den Forderungen eine Bewertung mit dem Stichtagskurs, sofern der Stichtagskurs niedriger als der Entstehungskurs ist.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennbetrag angesetzt. Für erkennbare Risiken werden individuelle ansonsten in Abhängigkeit von der Überfälligkeit pauschale Einzelwertberichtigungen vorgenommen:

Teilnehmerentgelte:

Überfällig	Wertberichtigung
bis 3 Monate	5 %
bis 6 Monate	35 %
bis 12 Monate	75 %
bis 24 Monate	85 %
Bis 36 Monate	90 %
über 36 Monate	100 %

Werbung und sonstige Forderungen:

älter als	Wertberichtigung
3 Monate	20 %
6 Monate	40 %
12 Monate	60 %
24 Monate	100 %

c) Aktive latente Steuern

Da der ORF lt. ORF-Gesetz ein nicht auf Gewinn gerichtetes Unternehmen ist, kann nicht davon ausgegangen werden, dass künftig positive steuerliche Ergebnisse erwirtschaftet werden. Folglich können keine aktiven latenten Steuern angesetzt werden.

4. Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen werden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle zum Zeitpunkt der Bilanzierung erkennbaren Risiken und der Höhe sowie dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten mit den Erfüllungsbeträgen berücksichtigt, die bestmöglich geschätzt werden. Langfristige Rückstellungen werden mit einem Zinssatz entsprechend ihrer Fristigkeit von Unternehmen hoher Bonität abgezinst.

Sozialkapitalrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Teilwertverfahren, Pensionsantrittsalter unter Berücksichtigung der durch das Budgetbegleitgesetz 2003 eingeführten gesetzlichen Veränderungen gestaffelt nach Alter zwischen 57 und 65 Jahren, wobei bei der Mehrzahl der weiblichen Mitarbeiter das 58. Lebensjahr und der männlichen Mitarbeiter das 62. Lebensjahr Anwendung fand) gebildet. Kollektivvertragliche Vorrückungen und kollektivvertraglich vorgesehene Laufbahnentwicklungen werden bei Abfertigungen und Pensionsanwartschaften individuell berücksichtigt.

Ein Fluktuationsabschlag kommt wie im Vorjahr nicht zur Anwendung.

Den Rechnungszinssätzen für die Sozialkapitalrückstellungen wird ein 10-Jahres-Durchschnittszinssatz (entsprechend der Veröffentlichung der Deutschen Bundesbank) basierend auf dem Euro-Festzinsswap zuzüglich dem Marktaufschlag Unternehmensanleihen hoher Bonität zugrunde gelegt, wobei als Restlaufzeit jeweils die durchschnittlichen Verpflichtungsdauern der Abfertigungs- und Pensionsverpflichtungen zur Anwendung kommen.

Unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen Restlaufzeit von 7 Jahren (Vorjahr nach RÄG 2014: 7 Jahre) und einer erwarteten Steigerungsrate von 1,00 % (Vorjahr: 1,00 %), ergibt sich für die Abfertigungsrückstellungen ein Rechnungszinssatz von 2,49 % (Vorjahr: 2,95 %).

Unter Berücksichtigung durchschnittlicher Restlaufzeiten von 11 bzw. 22 Jahren (Vorjahr: 11 bzw. 22 Jahre) und einer erwarteten Steigerungsrate von 1,00 % (Vorjahr: 1,00 %), ergibt sich für die Pensionsrückstellungen ein Rechnungszinssatz von 3,42 % bzw. 3,33 % (Vorjahr: 3,42% bzw. 3,76 %).

Die Zinsen auf die Rückstellungen für Sozialkapital sowie Auswirkungen aus einer Änderung des Zinssatzes werden im Finanzergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde die Bewertung der Pensionsrückstellung aufgrund der neu veröffentlichten Sterbetafeln "AVP 2018-P" angepasst. Der Umstellungseffekt von den vormaligen Sterbetafeln "Pagler&Pagler" auf die neuen Rechnungsgrundlagen beläuft auf 6.107.686,00 Euro, die zur Gänze im Jahr 2018 aufwandswirksam dargestellt wurden.

In den Aufwendungen für Altersversorgung sind 8.953.902,29 Euro enthalten, die auf Pensionszusagen zurückzuführen sind, für die ausschließlich Beiträge bezahlt werden.

Per 31.12.2018 wurde die Gesamtpensionsverpflichtung der an die Pensionskasse ausgelagerten Pensionsverpflichtung mit dem Deckungskapital in der Pensionskasse saldiert.

Die zum Jahresende nicht konsumierten Urlaubstage (vermindert um Urlaubsvorgriffe) sind die Basis für die Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube. Die Bewertung erfolgt für jeden Dienstnehmer individuell nach seinem aktuellen Bezug und unter Einbeziehung der Lohnnebenkosten.

Entsprechend den durchschnittlichen Produktivstunden im ORF von 1.700 Stunden pro Mitarbeiter und Jahr wird ein Monatsteiler von 17,71 verwendet.

Rückstellungen für eventuell vorhandene Zeitguthaben der Dienstnehmer werden mit der gleichen Bewertungsmethode berechnet.

Die sonstigen Rückstellungen werden für alle übrigen dem Grunde oder in ihrer Höhe nach ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Die Rückstellungen für Lizenzgebühren und Aufführungsrechte, welche bereits vor 10 Jahren oder davor gebildet wurden, wurden aufgelöst, da aus der bisherigen Historie nicht mehr mit einer Verwendung derselben zu rechnen ist.

Für unterlassene Instandhaltungen der ORF Bauobjekte wurde auch im Berichtsjahr (wie im Vorjahr) eine Aufwandsrückstellung für notwendige unterlassene Instandhaltungsarbeiten eingestellt.

5. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Währungsumrechnung erfolgt zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles mit dem aktuellen Kurs. Zum Bilanzstichtag erfolgt bei den Verbindlichkeiten eine Bewertung mit dem Stichtagskurs, sofern der Stichtagskurs höher als der Entstehungskurs ist. In Fremdwährung angeschaffte Gegenstände des Anlage- oder Umlaufvermögens werden mit den Entstehungskurs erfasst, wobei keine weitere Umwertung erfolgt.

6. Passive Rechnungsabgrenzung

Eine nicht dem ORF-Gesetz entsprechende Verwendung der Gebühren ist dem Sperrkonto gemäß § 39c ORF-Gesetz zuzuführen und dort gesondert auszuweisen. Die Zuweisungen zum Sperrkonto haben in Form einer gesonderten Überweisung der jeweiligen Mittel auf ein separates Konto zu erfolgen. Neben dem aktivseitigen Ausweis ist das Sperrkonto seinem Charakter entsprechend passivseitig abzugrenzen und stellt kein Eigenkapital dar.

III. Erläuterungen zur Bilanz

AKTIVA

A. Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten werden im Anlagenspiegel dargestellt (Anlage 1 zum Anhang).

Die Position immaterielle Vermögensgegenstände enthält Mietrechte, Servitute, Nutzungsrechte und Software.

Die nicht zuordenbaren aktiven Unterschiedsbeträge aus der Erstkonsolidierung werden als Firmenwert ausgewiesen und über fünf Jahre abgeschrieben. Sie weisen per 31.12.2018 einen Buchwert von 0,0 Euro (Vorjahr: 0,0 Euro) auf. Der aus der Erstkonsolidierung 2016 stammende Unterschiedsbetrag der Flimmit GmbH wurde im Vorjahr zur Gänze in Höhe von 1.319,5 Mio. Euro außerordentlich abgeschrieben.

Aktive und passive Unterschiedsbeträge zum Zeitpunkt der jeweiligen Erstkonsolidierung:

Gesellschaft	Erstkonsolidierungszeitpunkt	Aktiver Unterschiedsbetrag
GIS Gebühren Info Service GmbH	01.01.2002	440.455,44
ORF Fernsehprogramm-Service GmbH *) (vormals: TW1-Tourismusfernsehen)	01.01.2005	2.480.852,39
Flimmit GmbH	01.01.2016	1.649.320,15

*) Änderung von Equity-Konsolidierung in Vollkonsolidierung

Die Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen betragen für das Jahr 2019 rund 8,9 Mio. Euro (Vorjahr: 10,5 Mio. Euro) und für die nächsten fünf Jahre werden, bei unverändertem Zinsniveau, kumuliert rund 46,9 Mio. Euro (Vorjahr: 54,6 Mio. Euro) geschätzt.

Grundlage für die At Equity Bewertung der APA ist die Konzern-Forecastrechnung für 2018 zum 3. Quartal 2018, da der endgültige Konzernabschluss 2018 bei der Erstellung des Konzernabschlusses noch nicht vorliegt. Im Vorjahr wurde die Konzern-Forecastrechnung für 2017 zum 3. Quartal 2017 herangezogen.

Der beizulegende Wert der Wertpapiere des Anlagevermögens per 31.12.2018 beträgt 273,4 Mio. Euro (Vorjahr: 333,8 Mio. Euro).

In den sonstigen Ausleihungen sind Beträge in Höhe von 44,9 Tsd. Euro enthalten (Vorjahr: 98,6 Tsd. Euro), deren Restlaufzeit weniger als ein Jahr beträgt.

B. Umlaufvermögen

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mussten pauschale Einzelwertberichtigungen in Höhe von 36.257,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 35.113,6 Tsd. Euro) gebildet werden.

Bei den sonstigen Forderungen mussten pauschale Einzelwertberichtigungen in Höhe von 101,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 112,3 Tsd. Euro) gebildet werden.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung miteinbezogen werden, betreffen zu 142,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 130,5 Tsd. Euro) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und zu 32,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 27,6 Tsd. Euro) sonstige Forderungen.

Die Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen im laufenden Geschäftsjahr wie im Vorjahr zur Gänze Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

In den sonstigen Forderungen sind Erträge von 2.982,2 Tsd. Euro (Vorjahr: 4.103,8 Tsd. Euro) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten resultieren aus der periodengerechten Zuordnungen von Aufwendungen und betragen 34.428,7 Tsd. Euro (Vorjahr: 35.611,3 Tsd. Euro).

Die aktiven latenten Steuern betragen zum Bilanzstichtag 0,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 0,0 Tsd. Euro), da künftig nicht von einem positiven steuerlichen Ergebnis ausgegangen wird.

PASSIVA

A. Eigenkapital

Das Widmungskapital bleibt im Geschäftsjahr mit 200,0 Mio. Euro unverändert.

Im Jahr 2018 wurde im ORF-Konzern ein Ergebnis von 9.584,2 Tsd. Euro aus „Stand alone“ kommerziellen Tätigkeiten erzielt.

Jahresergebnisse aus "Stand-alone" kommerziellen Tätigkeiten:

(in Tsd. Euro)	31.12.2017	31.12.2018
Österreichischer Rundfunk	6.410,7	4.638,4
ORS comm GMBH & Co KG (ORF-Anteil)	3.064,3	3.670,3
ORF-Enterprise GmbH & Co KG	1.157,3	1.375,0
GIS Gebühren Info Service GmbH	50,5	42,0
simpli services GmbH & Co KG (ORF-Anteil)	535,3	-141,5
	11.218,1	9.584,2

Stand-alone kommerzielle Geschäfte sind nicht öffentlich-rechtlich und nicht konnex kommerziell (sie stehen nicht im Zusammenhang mit der Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags).

Das aus öffentlich-rechtlichen Tätigkeiten erzielte negative Ergebnis in Höhe von 6.919,0 Tsd. Euro wird 2018 auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Sonderrücklage gem. § 39a ORF-Gesetz beträgt im Geschäftsjahr 5.046,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 6.729,2 Tsd. Euro) und wurde bestimmungsgemäß in 2018 zu 20 % aufgelöst.

Die Kosten für die Generalsanierung des Gebäudebestandes am Königsberg liegen weiterhin bei rund 223,2 Mio. Euro. Durch die Umsetzung des sogenannten Plan B – sowohl für den multimedialen Newsroom inkl. Ö3 als auch für Ö1 werden innerhalb der Kubatur der bestehenden Objekte 5, 7 und 8 Neubauf Flächen errichtet – werden bestehende Räumlichkeiten abgerissen bzw. umgenutzt. Daraus resultieren geringere Sanierungsaufwendungen im Vergleich zum ursprünglichen Neubau-Vorhaben (Objekt 11). Aufgrund der sehr erfolgreichen Projektumsetzung im abgelaufenen Jahr liegen nun für fast alle Objekte die Kostenplanungen zumindest in Vorentwurfsqualität vor, wodurch eine erhöhte Kostensicherheit gegeben ist. Gewisse Projektrisiken konnten damit erheblich reduziert werden (z.B. ORF-seitige Nutzungsänderungen im laufenden Anforderungsprozess) und unterstützen darüber hinaus die Bewertbarkeit von noch offenen Risikopositionen - u. a. Risiken des Bestandes oder Zeitverzögerungen durch behördliche Genehmigungsverfahren. Die Generalsanierung wurde im Jahr 2012 begonnen und wird nach dem derzeit vorliegenden Rahmenterminplan voraussichtlich bis auf die Gebäudetrakte 3c und 3d, die erst nach Abschluss des Digitalisierungsprojektes saniert werden können, Ende 2021 abgeschlossen sein. Der Beginn der Verwendung der Sonderrücklage hat, wie vorgesehen, mit der Teilfertigstellung des Objektes 1 im Jahr 2017 begonnen.

Sonderrücklage § 39 a ORF-Gesetz:

§ 39 a. (1) Die Bildung einer Sonderrücklage durch den Österreichischen Rundfunk ist nur für konkrete Vorhaben der nachstehenden Art zulässig:

1. grundlegende unternehmerische Umstrukturierungsmaßnahmen samt Begleitkosten;
2. Großinvestitionen in Sachanlagevermögen zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags;
3. mit technischen Innovationen verbundene Umstellungskosten, die sich nicht direkt auf den Umfang der Angebote im öffentlich-rechtlichen Auftrag auswirken.

Alle Vorhaben müssen solche sein, die sich deutlich von Vorhaben im Rahmen des laufenden Geschäftsbetriebs unterscheiden; sie umfassen nicht die laufende Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Programme und Angebote.

Rücklagen zur Eigenkapitalsicherung § 39 b ORF-Gesetz:

1. ohne die Erhöhung ist die fortgesetzte Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags mittelfristig (über einen Zeitraum von fünf Jahren) nicht mehr sicher gestellt;
2. das zugeführte Eigenkapital darf ausschließlich zur Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags und nicht für kommerzielle Tätigkeiten verwendet werden;
3. das Eigenkapital des Österreichischen Rundfunks ist in der laufenden und/oder in der vorangegangenen Finanzierungsperiode durch Verluste aus der Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags gesunken;
4. die Erhöhung überschreitet die Höhe dieser Verluste nicht.

Im Folgenden werden die Rücklage gemäß § 39b ORF-Gesetz und weiters die Bruttoverluste im Sinne des § 39b Abs. 2 Z 3 ORF-G aus der Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags (saldiert mit den Überschüssen aus konnex kommerziellen Tätigkeiten) aus der laufenden (seit 2017) Finanzierungsperiode dargestellt:

			Rücklage § 39b ORF-G	Rücklage § 39b ORF-G
Jahresergebnis in Tsd. Euro	2017	2018	31.12.2017	31.12.2018
ORF Einzelabschluss	3.880	2.882		
Gewinnausschüttungen verb. Unternehmen	-16.681	-22.107		
- stand-alone kommerzieller Ergebnisanteil	-10.681	-9.725		
ORF bereinigt	-23.482	-28.950	0	0
ORF Programmservice GmbH & Co KG (ab 2017 Untergang aufgrund von Umgründung)	0	0		
ORF-Enterprise GmbH & Co KG	2.524	2.655	3	3
- stand-alone kommerzieller Ergebnisanteil	-1.157	-1.375		
ORF-Enterprise GmbH & Co KG bereinigt	1.367	1.280	0	0
GIS Gebühren Info Service GmbH	50	42		
- stand-alone kommerzieller Ergebnisanteil	-50	-42		
GIS bereinigt	0	0	0	0
KDV Klassik Digital Vertriebs-GmbH	-806	-335		
- Fremdanteile	403	168		
KDV bereinigt	-403	-167	0	0
Österreichische Rundfunksender GmbH & Co KG	17.103	25.877		
(-) Zuweisung / (+) Auflösung unbesteuerter Rücklagen	0	1.595		
- Minderheitenanteil an TW Abschreibung Flimmit	0	0		
- Fremdanteile	-6.841	-10.989		
Österreichische Rundfunksender GmbH & Co KG bereinigt	10.262	16.483	0	0
Flimmit GmbH	-433	144		
- Fremdanteile	158	-53		
Flimmit bereinigt	-275	91	0	0
ORF Online und Teletext GmbH & Co KG	3.017	2.389		
ORF Marketing & Creation GmbH & Co KG	661	685	1.299	1.299
ORF Fernsehprogramm-Service GmbH (ab 2012 öffentlich rechtlich, Untergang aufgrund von Umgründung 2016)				
ORF Fernsehprogramm-Service GmbH & Co KG	343	360		
ORF - KONTAKT Kundenservice GmbH & Co KG	672	556		
ORF Landesstudio Marketing GmbH & Co KG	213	200	290	290
ORF Landesstudio Service GmbH & Co KG	146	154		
Summe	-7.479	-6.919	1.592	1.592
Brutto-Verlust gemäß § 39b Abs. 2 Z 3 ORF-G (Summe 2017-2018)		-14.398		

B. Investitionszuschüsse

Die Investitionszuschüsse betreffen überwiegend die Förderung für die thermische Sanierung und die Förderung für die LED-Systeme im Innenbereich des Objekts 1. Die Inbetriebnahme des der Förderung zugrundeliegenden Objektteils erfolgte in 2017. Der Investitionszuschüsse wurden 2018 anteilig entsprechend der Abschreibung der getätigten Investitionsmaßnahmen aufgelöst.

C. Rückstellungen

In den Rückstellungen für Abfertigungen und Pensionen ist ein Betrag in Höhe von 8.200,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 7.404,0 Tsd. Euro) für Vorruehstände enthalten.

Die sonstigen Rückstellungen untergliedern sich wie folgt:

(in Tsd. Euro)	31.12.2017	31.12.2018
Arbeitsgerichtsprozesse und sonstige Verfahren	13.040,6	14.333,3
Lizenzgebühren- und Aufführungsrechte	13.062,3	13.422,0
Unterlassene Instandhaltung	8.583,1	8.925,4
Standortrückstellung	8.551,0	7.131,6
Pensionskassenbeiträge	627,8	7.056,0
Remuneration nach KV 2003	5.972,1	6.239,1
Verwertungsgesellschaften	3.450,5	3.300,6
Überstundenentgelte	2.654,0	2.692,6
Filmsicherung	900,0	1.202,4
Einmalzahlung KV	5.078,9	1.058,9
Ausfallhaftung Leasingpersonal	2.400,0	0,0
sonstige Rückstellungen < 500 Tsd. Euro	13.860,5	13.688,5
	78.180,8	79.050,4

D. Verbindlichkeiten

Die Gesamtverbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren betragen zum Bilanzstichtag 181.504,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 181.627,3 Tsd. Euro).

Am 5. November 2015 hat der ORF Anleihen (Namensschuldverschreibungen) in vier Tranchen in Höhe von 180,0 Mio. Euro am Markt begeben.

	SPOT 1	SPOT 2	SPOT 3	FORWARD
Nominale EUR	20.000.000	10.000.000	100.000.000	50.000.000
Emissionspreis	99,839 %	100,000 %	100,000 %	99,834 %
Emissionserlös EUR	19.967.800	10.000.000	100.000.000	49.917.000
Valuta	05.11.2015	05.11.2015	05.11.2015	07.11.2016
Laufzeit	20 Jahre	20 Jahre	30 Jahre	29 Jahre
Kupon	2,171 %	2,181 %	2,309 %	2,364 %
Fälligkeit	05.11.2035	05.11.2035	06.11.2045	06.11.2045

Der ORF unterliegt aufgrund der Emission der Anleihen ab 2015 einem jährlichen Rating durch eine Ratingagentur.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten in Höhe von 1.504,3 Tsd. Euro (Vorjahr: 1.627,3 Tsd. Euro) mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen von 42,6 Mio. Euro (Vorjahr: 51,1 Mio. Euro) enthalten, die nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, die nicht in die Konsolidierung miteinbezogen werden, betreffen zur Gänze Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen zur Gänze Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Es bestehen keine dinglichen Sicherheiten für Verbindlichkeiten.

Angaben gemäß § 237 Abs. 1 Z. 2 UGB:

Der ORF haftet gemäß § 17 des Genossenschaftsvertrages der APA für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft im Falle der Liquidation oder des Konkurses neben seinen Geschäftsanteilen noch mit einem weiteren Betrag in der Höhe seiner Anteile.

Der ORF hat nach § 5 Abs. 5 RGG einen allfälligen Verlust der GIS Gebühren Info Service GmbH zur Gänze zu tragen.

Angaben gemäß § 238 Abs. 1 Z. 10 UGB:

Der ORF ist keine wesentlichen sonstigen außerbilanziellen Geschäfte eingegangen.

An Sport-, Film- und Hörfunkrechten besteht per 31.12.2018 ein Bestellobligo in Höhe von 228,8 Mio. Euro (Vorjahr: 232,4 Mio. Euro).

Im Bereich Satellit bestehen Abnahmeverpflichtungen per 31.12.2018 in zweistelliger Millionenhöhe.

Das Unternehmen hat eine Erhebung zu nahe stehenden Unternehmen und Personen gemäß § 238 Abs. 1 Z 12 UGB durchgeführt. Konkret hat der ORF bei seinen Stiftungsräten und seinem Schlüsselpersonal Abfragen über die nahestehenden Personen bzw. Unternehmen sowie über die zwischen diesen und ORF-Konzerngesellschaften abgeschlossenen Geschäfte durchgeführt. Als Grenze für die Wesentlichkeit wurde ein Geschäftsvolumen von mindestens 5.000,0 Euro netto im Kalenderjahr angegeben. Der ORF hat auf dieser Basis Kontrollen durchgeführt und in den eigenen Systemen die Angaben überprüft.

Es sind keine Geschäftsfälle hervorgekommen, die zu marktunüblichen Bedingungen abgeschlossen wurden.

E. Passive Rechnungsabgrenzung

Entsprechend der Bescheide der KommAustria über Abschöpfungsverfahren nach § 38a ORF-G hinsichtlich von sechs Spielen der österreichischen Nationalmannschaft bei der Eishockey-A-WM 2011, dem Tennis Davis Cup 2011 und der Bereitstellung der App zur Ski-Weltmeisterschaft in Schladming 2013 wurden Beträge in Höhe von 290.662,56 Euro (Vorjahr: 322,5 Tsd. Euro) auf die Sperrkonten gem. § 39c ORF-Gesetz übertragen.

Im Jahr 2017 und 2018 wurde gemäß § 39c ORF-G ein Fünftel des auf dem Sperrkonto dotierten Betrages hinsichtlich der sechs Spiele der österreichischen Nationalmannschaft bei der Eishockes-A-WM 2011 aufgelöst.

Es wurde gemäß § 124b Z 270 EStG für die bis zum 31. Dezember 2015 unterlassenen Zuschreibungen eine steuerliche Zuschreibungsrücklage gebildet, die gemäß § 906 Abs 32 UGB als passiver Rechnungsabgrenzungsposten erfasst und entsprechend diesen steuerlichen Bestimmungen aufgelöst wird.

Die Höhe der Zuschreibungsrücklage beträgt 15.759,8 Tsd. Euro; (Vorjahr: 17.165,3 Tsd. Euro) und wurde in 2018 mit einem Betrag von 1.405,5 Tsd. Euro aufgelöst.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Allgemein:

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse wurden im Geschäftsjahr überwiegend im Inland erzielt und gliedern sich in folgende Bereiche:

(in Tsd. Euro)	2017	2018
Programmtergelte	624.769,76	637.069,15
Werbeerlöse	232.554,59	229.642,11
Sonstige Umsätze	181.453,97	179.120,61
	1.038.778,32	1.045.831,87

Unter der Position sonstige betriebliche Erträge ist ein Betrag von 58,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 19,1 Tsd. Euro) aufgrund der Auflösung von Rückstellungen für Jubiläumsgelder ausgewiesen.

Personalaufwand

Unter der Position Aufwendungen für Abfertigungen und Beiträge an Betriebliche Vorsorgekassen ist ein Betrag von 15.026,4 Tsd. Euro (Vorjahr: 10.594,8 Tsd. Euro) ausgewiesen. Davon entfallen 12.119,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 7.799,1 Tsd. Euro) auf Aufwendungen für Abfertigungen.

Unter der Position Aufwendungen für Altersversorgung ist ein Betrag von 14.356,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 21.648,6 Tsd. Euro) ausgewiesen. Davon entfallen 5.762,6 Tsd. Euro (Vorjahr: 9.614,8 Tsd. Euro) auf Aufwendungen für Zusagen, für welche eine Rückstellung angesetzt ist und 8.593,9 Tsd. Euro (Vorjahr: 11.992,9 Tsd. Euro) für Zusagen, für die ausschließlich Beiträge zu leisten sind.

Aufwendungen für Abschlussprüfer:

Die in den übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthaltenen Aufwendungen für die Prüfungskommission gemäß § 40 ORF-Gesetz betreffen:

(in Tsd. Euro)	31.12.2017	31.12.2018
Jahresabschlussprüfung Konzernabschluss	35,4	35,4
Jahresabschlussprüfung Einzelabschlüsse vollkonsolidierte verbundene Unternehmen	387,7	387,7
Jahresabschlussprüfung Einzelabschlüsse nicht konsolidierte verbundene Unternehmen	36,0	29,0
Andere Bestätigungsleistungen	303,1	303,1
	762,2	755,2

Die Aufwendungen werden innerhalb der Prüfungskommission aufgeteilt.

Zinsaufwand

Die im Finanzaufwand ausgewiesene Zinskomponente aus der Zuweisung zur Abfertigungsrückstellung beträgt 8.718,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 9.760,3 Tsd. Euro), der auf die Rechnungszinsänderung von 2,95 % auf 2,49 % zurückzuführen ist. Darin ist auch ein Ertrag aus der Rechnungszinsänderung aus dem RÄG 2014 in Höhe von -597,1 Tsd. Euro enthalten.

Die im Finanzaufwand ausgewiesene Zinskomponente aus der Zuweisung zur Pensionsrückstellung beträgt 8.602,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 7.413,9 Tsd. Euro), der auf die Rechnungszinsänderung von 3,42 % auf 3,33 % bzw. 3,42 % zurückzuführen ist. Darin ist auch ein Ertrag aus der Rechnungszinsänderung aus dem RÄG 2014 in Höhe von -2.952,3 Tsd. Euro enthalten.

Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Im Investmentfonds E5 wurden erwirtschaftete Ergebnisanteile 2018 nicht ausgeschüttet. Die im Fonds verbliebenen ausschüttungsgleichen Erträge belaufen sich auf 430,8 Tsd. Euro (Vorjahr: 364,5 Tsd. Euro).

Bewertung von derivativen Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente wie Devisentermingeschäfte werden zur Absicherung von Zahlungsströmen in US-Dollar eingesetzt. Grundsätzlich setzt der ORF derivative Finanzinstrumente sowohl mit als auch ohne Bezug zu einem Grundgeschäft ein.

Devisentermingeschäfte		2017		2018	
		Nominalwert	Zeitwert	Nominalwert	Zeitwert
Kauf	Tsd. USD	15.939,0		11.585,0	
	Tsd. Euro	13.491,0	-314,6	9.946,0	0,0

Im Berichtsjahr handelt es sich um Devisentermingeschäfte. Die Bewertung erfolgte mit der Forward Rate Methode. Marktwertschwankungen werden bei negativem Marktwert rückgestellt und in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Für 2018 war eine Dotierung einer Rückstellung in Höhe von 0,1 Tsd. Euro (Vorjahr: 216,6 Tsd. Euro) erforderlich.

V. SONSTIGE ANGABEN

Wesentliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen fanden im Geschäftsjahr nur zu fremdüblichen Konditionen statt.

Mitarbeiter

Arbeitnehmer und Geschäftsführung:

	2017	2018
Arbeitnehmer (VZÄ)	3.793	3.732
freie Mitarbeiter (VZÄ)	281	255
	4.074	3.987

Aufteilung des Abfertigungs- und Pensionsaufwandes im Geschäftsjahr zwischen Mitgliedern der Geschäftsführung/leitende Angestellte (inkl. Prokuristen) und Dienstnehmer/freie Mitarbeiter:

(in Tsd. Euro)	2017		2018	
	Abfertigung	Pensionen	Abfertigung	Pensionen
Geschäftsführung und leitende Angestellte	-73,7	1.325,8	444,9	1.934,1
Angestellte und freie Mitarbeiter	10.668,5	20.322,8	14.581,5	12.422,4
	10.594,8	21.648,6	15.026,4	14.356,5

Im Geschäftsjahr war Herr Dr. Alexander WRABETZ Generaldirektor des Österreichischen Rundfunks.

Im Berichtsjahr wurden keine Vorschüsse, Kredite oder Haftungen an den Generaldirektor gewährt.

Die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführung unterbleiben gemäß § 242 Abs. 4 UGB.

Für ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung wurden Pensionen in der Höhe von 347,0 Tsd. Euro (Vorjahr: 347,0 Tsd. Euro) bezahlt.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es sind keine berichtspflichtigen Ereignisse oder Vorgänge mit besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

Stiftungsrat

Der Stiftungsrat ist ein dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft ähnliches, aber mit darüber hinausgehenden Kompetenzen ausgestattetes Leitungs- und Aufsichtsorgan des Österreichischen Rundfunk.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses gehörten folgende Personen dem Stiftungsrat des Österreichischen Rundfunks an:

Dr. Gerhard ANDERL (Bundesregierung) (seit 28.2.2018)
Dr. Ewald ASCHAUER (Bundesregierung über Vorschlag der ÖVP) (seit 28.2.2018)
Gerhard BERTI (Zentralbetriebsrat)
Mag. Markus BRAUN (Bundesregierung) (seit 28.2.2018)
GF Andrea BREM (Bundesregierung) (bis 28.2.2018)
Mag. Werner DAX (Burgenland) (seit 17.5.2018)
Herbert FECHTER (Bundesregierung)
Univ. Prof. Dr. Susanne FENGLER (Bundesregierung über Vorschlag der Liste Pilz) (seit 28.2.2018)
MMag. Dr. Alfred GEISMAYR (Vorarlberg)
Dr. Hans Peter HASELSTEINER (Bundesregierung über Vorschlag der NEOS)
Mag. Claudia HASENÖHRL (Bundesregierung) (seit 28.2.2018)
Margit HAUFT (Oberösterreich) (bis 17.5.2018)
Mag. Bettina HEISE (Publikumsrat) (bis 17.5.2018)
Vst.Dir. Prof. KR Mag. Dietmar HOSCHER (Bundesregierung über Vorschlag SPÖ) (bis 17.5.2018)
Mag. Corina HEINREICHBERGER (Publikumsrat) (seit 17.5.2018)
Univ.-Prof. Dr. Katharina HOFER (Oberösterreich) (seit 17.5.2018)
Prof. Herwig HÖSELE (Bundesregierung)
Martin IVANCSICS (Burgenland) (bis 17.5.2018)
Christiana JANKOVICS, Bakk.phil. (Zentralbetriebsrat)
Stefan JUNG (Zentralbetriebsrat)
Direktor Norbert KETTNER (Wien)
Direktor Dr. Franz KÜBERL (Bundesregierung) (bis 28.2.2018)
Mag. Andreas KRATSCHMAR (Publikumsrat) (seit 17.5.2018)
Heinz LEDERER (Bundesregierung) (bis 28.2.2018 und seit 17.5.2018)
Günter LEITOLD (Bundesregierung über Vorschlag des Team Stronach) (bis 28.2.2018)
Dipl. Ing. Matthias LIMBECK (Salzburg)
Mag. Walter MARSCHITZ (Publikumsrat) (bis 17.5.2018)
Franz MAURER (Bundesregierung) (seit 28.2.2018)
Dr. Franz MEDWENITSCH (Bundesregierung)
Wilhelm MERNYI (Publikumsrat) (bis 17.5.2018)
Univ. Prof. Dr. Siegfried MERYN (Publikumsrat) (bis 17.5.2018)
GF Mag. Helmut MIERNICKI (Niederösterreich)
Dr. Gerhard MOSER (Zentralbetriebsrat)
Barbara NEPP (Publikumsrat) (seit 17.5.2018)
Siegfried NEUSCHITZER (Kärnten)
Ass. Prof. Mag. Dr. Klaus POIER (Steiermark)
Josef RESCH (Tirol)
Mag. Marie RINGLER, MBA (Bundesregierung über Vorschlag der Grünen) (bis 28.2.2018)
Mag. Rainer RÖSSLHUBER (Publikumsrat) (bis 28.2.2018 und seit 17.5.2018)
Mag. Andrea SCHELLNER (Bundesregierung) (bis 28.2.2018)
Mag. Gregor SCHÜTZE (Bundesregierung) (seit 28.2.2018)
Dr. Norbert STEGER (Bundesregierung über Vorschlag der FPÖ)
Gudrun STINDL (Zentralbetriebsrat)
MMag. Dr. Petra STOLBA (Publikumsrat)
Dr. Alfred TRENDL (Bundesregierung) (seit 28.2.2018)
Mag. Martina VITEK-NEUMAYER (Bundesregierung) (bis 28.2.2018)
Dr. Georg WATSCHINGER (Publikumsrat) (seit 17.5.2018)
Mag. Thomas ZACH (Bundesregierung über Vorschlag der ÖVP)
Mag. Daniela ZIMMER (Publikumsrat) (bis 17.5.2018)

An die Mitglieder des Stiftungsrats wurden Bezüge in der Höhe von 65,5 Tsd. Euro (Vorjahr: 63,1 Tsd. Euro) bezahlt.

An Mitgliedern des Stiftungsrates wurden keine Vorschüsse ausgezahlt oder Kredite gewährt und es wurden für sie auch keine Haftungen übernommen.

Der Generaldirektor

Wien, am 20. Mai 2019

Dr. Alexander Wrabetz

